



Fünf-Punkte-Plan für das Tierwohl in der Agrarpolitik ab 2022

Schweizer Tierschutz STS, KAGfreiland und Mutterkuh Schweiz setzen sich gemeinsam für das Wohl der Tiere ein. In der Agrarpolitik 2022+ (AP 22+) soll die artgerechte Haltung der Nutztiere mehr Gewicht erhalten, d. h. dass diese ihr Normalverhalten und ihre Grundbedürfnisse ausleben können. Dies will auch die Gesellschaft so. Mit den folgenden fünf Punkten wird darüber hinaus die Qualitätsstrategie der Land- und Ernährungswirtschaft gestärkt.

1. Mehr Nachhaltigkeit und mehr Tierwohl

Laut den vom Bund regelmässig in Auftrag gegebenen Umfragen ist die tierfreundliche Haltung seit zwei Jahrzehnten das wichtigste Anliegen der Schweizer Bevölkerung an die Landwirtschaft. Obwohl die Förderung der Nachhaltigkeit bei den letzten Reformetappen stets oberstes Ziel war, wurde das Tierwohl immer nur stiefmütterlich mit Geldmitteln unterstützt. Die Tierwohlprogramme nehmen lediglich einen Anteil von 270 Mio Fr. oder 9,5 Prozent aller Direktzahlungen ein. In der AP 22+ ist deshalb das Tierwohl stärker zu gewichten.

2. Artgerecht heisst mehr Weidehaltung

Bewegungsfreiheit und Weide gehören zu den Grundbedürfnissen der Nutztiere. In unserer bäuerlich geprägten und standortangepassten Tierhaltung muss es langfristig das Ziel sein, dass ALLE Tiere Weide oder Auslauf erhalten. Das Ziel des Bundesrates bei Raus ist von 80 auf mindestens 90 Prozent zu erhöhen. Um dies zu erreichen, sind die Raus-Beiträge insbesondere dort anzuheben, wo sich Tierschutz bislang kaum lohnt. Dies gilt auch für die BTS-Beiträge, wo die durchschnittliche Beteiligung heute bei 59 Prozent liegt. Mit einer Aufstockung der Raus-/BTS-Mittel um 110 Mio auf neu 380 Mio Fr. sollen entsprechende Anreize geschaffen werden. Innovative und vom Markt verlangte Tierwohlprojekte wie Zweinutzungsrassen bei Hühnern oder muttergebundene Kälberaufzucht sollen in einem dritten Tierwohlprogramm mit 20 Mio Fr. gezielt gefördert werden.

3. Gegen Massentierhaltung und für die Begrenzung der Herdengrössen

Die vom Bund geforderte betriebliche Effizienz erhöht nicht nur den Druck auf die Bauern, sondern auch auf das Tierwohl. Gegensteuer gegen eine «effiziente» Massentierhaltung soll nicht primär über eine Senkung der Kosten, sondern über bessere Abgeltung der Leistungen und höhere Wertschöpfung gegeben werden, einerseits über eine Abgeltung vom Markt mit fairen Mehrpreisen und andererseits – weil Tierwohl auch den Charakter eines öffentlichen Gutes hat – über höhere Beiträge vom Bund. Weiter hat sich in Wissenschaft und Praxis gezeigt, dass das Tierwohl stärker von der Herden- als von der Betriebsgrösse abhängt. Deshalb sollen nicht primär kleinere

Betriebe, sondern Herden mit tierschutzkonformen Grössen entstehen. So etwa statt 24 000 Masthühner in einer Herde, eine Unterteilung des Bestands in kleinere Herden. Diese Anpassungen sind über Strukturhilfen zu unterstützen. Im Hinblick auf die Massentierhaltungsinitiative werden damit die richtigen Signale ausgesendet.

4. Langlebigkeit in der Tierzuchtförderung

Eine einseitig auf Hochleistung ausgelegte Zucht führt oftmals zu Gesundheits- und Verhaltensstörungen bei den Tieren und wird von der Gesellschaft nicht akzeptiert. Die staatlichen Zuchtfördermassnahmen sind so zu gewichten, dass die bekannten tierschutzrelevanten Konsequenzen einer einseitigen Hochleistungszucht verhindert werden. Wir verlangen deshalb eine Zuchtförderung, bei der Gesundheit und Widerstandsfähigkeit der Tiere mit an erster Stelle stehen und es keine zuchtbedingten «Abfallprodukte» gibt. Darunter sind z.B. männliche Küken von Legehybriden oder männliche Kälber von Hochleistungsmilchrassen zu verstehen.

5. Qualitativer Aussenschutz mit Standards gegen Billigst-Importe

Obwohl die AP 22+ den Grenzschutz ausklammert, besteht bei den Importen grosser Handlungsbedarf. Damit der Schweizer Markt nicht mit Produkten aus tierquälerischer Massentierhaltung überschwemmt wird, ist bei den Importen das Niveau des Schweizer Tierschutzgesetzes einzuhalten. Vom Grundsatz her soll alles, was ökologisch und tierschützerisch sinnvoll in der Schweiz erzeugt werden kann, nicht vermehrt ins Ausland verlagert werden. Produktion, Verarbeitung und Konsum sollen möglichst in der gleichen Region stattfinden. Nur wenn dies mit erheblichen Hürden verbunden ist, kann die Produktion oder Verarbeitung in einen grösseren Raum, also die Schweiz oder ins Ausland verlagert werden. Der Bund hat dies mit tierärztlichen Kontrollen an der Grenze oder mit Audits im Ausland sicherzustellen.

im März 2019